

Sitzungsvorlage



Nr.:	135/2005
ausgefertigt am:	16.06.2005
Fachamt:	Amt Finanzen und Kommunalaufsicht
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Finanzausschuss– Kreisausschuss– Kreistag

Erster Nachtrag zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005

Der Entwurf des Ersten Nachtragshaushaltsplanes, bestehend aus einem Verwaltungs- und einem Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005, ist allen Mitgliedern des Kreistages und den hinzugewählten Mitgliedern mit Schreiben vom 10.06.2005 übersandt worden.

Der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung wird gem. § 65 NLO i.V.m. § 87 Abs. 2 NGO u. a. erforderlich, da bedingt durch die Neuregelungen im Sozialbereich (Hartz IV-Reform) und die Veränderungen in der Fleischuntersuchung in der Stellenübersicht des ISB unter Abzug der eingesparten Stellen insgesamt 54,9 Angestelltenstellen und 4,7 Beamtenstellen (nachrichtlich) zusätzlich einzurichten sind. 4,2 Stellen werden von der KuB übernommen. Von den insgesamt 59,6 Stellen werden 27 Stellen über den eigenen Bedarf des Landkreises hinaus für die ARGE vorgehalten und durch die Agentur für Arbeit finanziert. Die Personalkosten für die übrigen 32,6 neuen Stellen (KdU, Wohngeld usw.) trägt der Landkreis im Rahmen seiner eigenen Zuständigkeit. Hierfür sind entsprechende Haushaltsansätze im kameralen Haushalt und im Wirtschaftsplan einzustellen.

Der Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt erhöht sich von 65.212.100 € um 136.800 € auf nunmehr 65.348.900 €. In diesem Fehlbedarf ist die Deckung des Soll-Fehlbetrages des Haushaltsjahres 2003 in Höhe von 45.488.600 € enthalten, so dass der strukturelle Fehlbedarf 19.860.300 € beträgt.

Im Vermögenshaushalt vermindern sich die Einnahmen und Ausgaben um jeweils 76.500 € auf nunmehr 20.914.100 €. Der bisher im § 2 der Haushaltssatzung festgesetzte und von der Bezirksregierung genehmigte Gesamtbetrag der Kredite in Höhe von 5.997.400 € sinkt aufgrund der Veränderungen im Vermögenshaushalt um 486.800 € auf 5.510.600 €. Die mit dem Nachtragshaushaltplan veranschlagte Kreditaufnahme führt im Ergebnis zu einer Entschuldung in Höhe von 485.800 €.

In § 4 der Nachtragshaushaltssatzung wird der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2005 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag um 25 Mio. Euro erhöht und damit auf 145 Mio. Euro neu festgesetzt. Dieser Betrag ist notwendig, um den jeweiligen Spitzenbedarf, insbesondere in Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung bis zur Festsetzung eines neuen Kassenkreditrahmens, abdecken zu können.

Die Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen sind im Einzelnen den betreffenden Haushaltsstellen zu entnehmen.

Weitere Sacherläuterungen werden ggf. in der Sitzung gegeben.

Beschlussvorschlag:

Ein sich nach den Ergebnissen der Beratung im Finanzausschuss ergebender Erster Nachtragshaushaltsplan, bestehend aus dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005, wird beschlossen